

IGPB-POSITIONSPAPIER

zum Wahlausschluss aufgrund fehlender österreichischer Staatsbürgerschaft aus Sicht von Politischer Bildung

Der staatsbürgerschaftsbedingte Wahlrechtsausschluss zählt zu den Schlüsselproblemen demokratischer Gesellschaften in einer globalisierten Welt. In der EU sind mehr als 30 Millionen Menschen auf nationaler Ebene nicht wahlberechtigt, weil sie ausländische EU-Bürger*innen oder Drittstaatsangehörige sind.ⁱ Die bestehende Kluft zwischen Wahl- und Wohnbevölkerung wirkt sich auf die Inklusivität demokratischer Systeme aus, wirft Legitimationsfragen auf und strahlt auch auf die Politische Bildung aus. Daher sieht sich die IGPB als parteiunabhängige Fachgesellschaft der Politischen Bildung in Österreich veranlasst, zu dieser Problematik Position zu beziehen.

In Österreich ist ein steigender Anteil der hier lebenden Menschen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen. So konnten an der letzten Bundespräsidentchaftswahl 1,4 Millionen Menschen im wahlfähigen Alter mangels österreichischer Staatsbürgerschaft nicht teilnehmen.ⁱⁱ Während die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren stieg, ist die Zahl der Wahlberechtigten gesunken. Besonders viele Nicht-Wahlberechtigte gibt es in den Städten: In Innsbruck und Salzburg sind rund 30 Prozent der Bevölkerung im Wahlalter nicht stimmberechtigt, in Linz und Graz ein Viertel.ⁱⁱⁱ In Wien haben 38 Prozent der 20- bis 24-Jährigen kein Wahlrecht – und von jedem Jahrgang der Wiener Bevölkerung zwischen 27 und 44 Jahren können mehr als 40 Prozent nicht wählen.^{iv} Diese Entwicklung lässt sich nicht allein auf den Wandel der Bevölkerungsstruktur zurückführen, sondern hat weitere Ursachen wie, allen voran, ein im internationalen Vergleich besonders restriktives Staatsbürgerschaftsgesetz,^v das u. a. hohe Einkommenshürden vorsieht, welche insbesondere wirtschaftlich schlechter gestellte Menschen vom Zugang zur Staatsbürgerschaft ausschließen. 28 Prozent der als Arbeiter*innen beschäftigten Menschen haben keine österreichische Staatsbürgerschaft – in Wien beträgt der Anteil gar 60 Prozent.^{vi}

In diesen Zahlen spiegelt sich eine demokratiepolitische Herausforderung wider, zumal die Legitimität demokratischer Systeme auch auf der Idee politischer Gleichheit gründet.^{vii} Gleichzeitig sieht das demokratische Freiheitspostulat vor, dass jede und jeder die Freiheit haben

sollte, sich am politischen System zu beteiligen.^{viii} Ein entsprechend egalitärer Zugang zu politischen Teilhaberechten gilt in der Politikwissenschaft als Indikator für eine hohe Demokratiequalität.^{ix} Umgekehrt stehen hohe Zugangshürden im Widerspruch zum demokratischen Freiheits- und Gleichheitsversprechen und werfen Legitimationsfragen auf. Denn je asymmetrischer die Bevölkerung in den gewählten Institutionen repräsentiert ist, desto schwindender ist die Legitimität der dort getroffenen Entscheidungen.^x

Dass sich das Auseinanderklaffen von Wohn- und Wahlbevölkerung in heterogenen Klassenzimmern widerspiegelt, ist naheliegend. Insbesondere an Schulstandorten mit einem hohen Anteil Lernender mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft stehen Lehrpersonen in dieser Hinsicht einem Spannungsfeld gegenüber. Dass jedes fünfte Kind in Österreich als „Ausländerin“ oder „Ausländer“ zur Welt kommt und häufig schon früh die Erfahrung machen muss, nicht wirklich dazuzugehören, trägt zu Passivität, politischem Desinteresse und politischer Abstinenz bei. Für die schulische Politische Bildung gehen damit enorme Herausforderungen einher: Während sie dem Bildungsziel verpflichtet ist, zur demokratischen Mitbestimmung zu qualifizieren und zu motivieren,^{xi} hat sie es mit einer größer werdenden Zahl an Lernenden zu tun, denen die Möglichkeit dazu teilweise oder vollständig verwehrt bleibt.

Dieses Spannungsfeld betrifft nicht nur die schulische Politische Bildung, sondern ebenso die politische Erwachsenenbildung. Deren Anspruch, Menschen durch Bildung dabei zu unterstützen, aktiv am Politischen zu partizipieren, wird durch die Einschränkung von Teilhabemöglichkeiten unterminiert.

Aus Sicht der IGPB ist diese Situation nicht mehr länger hinnehmbar, zumal diese in einem augenfälligen Widerspruch zum demokratischen Versprechen sowie zum Inklusionsanspruch von Politischer Bildung steht. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, fordert der IGPB-Vorstand:

- (1) einen Abbau bestehender politisch-gesellschaftlicher Inklusionshürden – entweder durch eine Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes oder durch eine Reform des Wahlrechts.

(2) eine deutliche Aufwertung von Politischer Bildung an Österreichs Schulen, um jene strukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, die für eine fachlich angemessene Bearbeitung von Problemlagen dieser Art Voraussetzung sind. Die IGPB plädiert schon seit längerer Zeit für die Einführung eines eigenständigen Faches „Politische Bildung“ in beiden Sekundarstufen, dessen Umsetzung nicht auf Kosten anderer gesellschaftswissenschaftlicher Fächer gehen darf, sowie die Etablierung eines Lehramtsstudiums „Politische Bildung“ an österreichischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen mit einem eigenständigen Curriculum.

Unabhängig davon gilt es aus Sicht der IGPB, jenen engagierten Lehrkräften den Rücken zu stärken, die derartige politisch-gesellschaftliche Herausforderungen in ihrem Unterricht einer pädagogischen Bearbeitung zuführen. Politikdidaktische Standards wie das Kontroversitätsprinzip sowie die Prinzipien der Adressat*innen-, Problem- oder Konfliktorientierung unterstützen ein solches Vorgehen. Solange dabei unterschiedliche politische Sichtweisen berücksichtigt bleiben (Kontroversitätsgebot) und Lernende nicht indoktriniert werden (Überwältigungsverbot), ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem legislativen Status quo im Rahmen des Unterrichts sowohl zulässig als auch sinnvoll.

Gezeichnet: Der Vorstand der Interessengemeinschaft Politische Bildung (November 2022)

ⁱ vgl. Gruber, Oliver/Walter, Florian: Politische Inklusion und boundary problem: Aktuelle Herausforderungen und demokratietheoretische Antworten. In: Atac, Ilker/Rosenberger, Sieglinde (Hrsg.): Politik der Inklusion und Exklusion. Göttingen 2013, S. 82.

ⁱⁱ vgl. Statistik Austria: [Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit/ Geburtsland - STATISTIK AUSTRIA - Die Informationsmanager](#), 15.09.2022

ⁱⁱⁱ vgl. APA/Der Standard: [1,4 Millionen bei Bundespräsidentenwahl nicht wahlberechtigt - Bundespräsident - derStandard.at > Inland](#), 19.09.2022

^{iv} vgl. Integrationsmonitor 2020, online unter: [Fehlendes Wahlrecht führt zu steigendem Demokratiedefizit - Integrationsmonitor 2020 \(wien.gv.at\)](#), 15.09.2022

^v vgl. Valchars, Gerd/Bauböck, Rainer: Migration & Staatsbürgerschaft. Wien 2021, S. 209.

^{vi} vgl. Jahoda Bauer Institut: Wieviele Menschen ohne Staatsbürger*innenschaft leben und arbeiten in Österreich?, 21.4.2022, online unter: https://jbi.or.at/migration_01/, 15.09.2022

^{vii} vgl. Dahl, Robert: Politische Gleichheit – ein Ideal? Hamburg 2006, S. 17.

^{viii} vgl. Pelinka, Anton: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 01/2017, S. 92-93.

^{ix} vgl. Valchars, Gerd/Bauböck, Rainer: Migration & Staatsbürgerschaft. Wien 2021, S. 225-226.

^x vgl. Vehrkamp, Robert: Sozial gespaltene Demokratie. Warum die niedrige Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Inklusion. Wege in die Teilhabegesellschaft. Frankfurt/Main 2015, S. 207.

^{xi} vgl. BMBF, Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzlerlass 2015. Wien 2015, S. 2.